

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/47

Bonn, den 10. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Warum so nervös?</u> Von Adenauer bis Heinemann	59
3	<u>Gute Noten für Hessens Polizei</u> Ein aufschlussreiches Umfrageergebnis	43
4 - 5	<u>Belgrad wehrt sich gegen Einflüsse aus Moskau</u> Widerstand gegen Bevormundung wächst ständig Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	65
6	<u>Zehn Jahre kubanische Revolution</u> Kein Modellfall für weitere Revolutionen in Lateinamerika Zu einem Buch von Boris Goldenberg und Klaus Eßer	47

Warum so nervös?

Von Adenauer bis Heinemann

sp - In der Bundesrepublik Deutschland scheint man gelegentlich sogar in Aufregung zu geraten, wenn etwas Selbstverständliches gesagt wird. Das ist ein Zeichen von Nervosität, deren Ursprung nicht immer im guten Gewissen zu suchen ist und die - bekanntlich - noch nie ein guter Ratgeber war.

Diesmal geht es um ein Heinemann-Interview, von dem hier und dort behauptet wird, es sei "unerhört". Dabei hat Heinemann nichts anderes gesagt, als nur noch einmal wiederholt, was andere prominente Politiker schon lange Zeit v o r ihm gesagt haben.

So zum Beispiel Konrad A d e n a u e r in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. April 1960. Damals sagte Konrad A d e n a u e r, in jenen Tagen Bundeskanzler und verantwortlich für die Politik der Bundesrepublik Deutschland:

- * "Wenn wir eines Tages zu einer Verständigung mit Sowjetrußland
- * kommen - und ich hoffe, daß wir dies mit viel Geduld erreichen
- * werden - werden Warschauer-Pakt und NATO der Vergangenheit ange-
- * hören."

Und zwei Jahre vorher hatte der damalige Freund Adenauers und Außenminister der USA, John Foster D u l l e s, erklärt, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum gemeinsamen Bündnis sei dann "neu zu überdenken", wenn sie etwa einer Politik des Friedens und der Entspannung im Wege stehen sollte.

Später sagte Konrad A d e n a u e r dann noch einmal, man werde "über vieles mit sich reden lassen", wenn es um die deutsche Wiedervereinigung gehe.

Am 11. Oktober 1966 erklärte die dem CDU-Bundesminister Dr. K r o n e nahestehende "Politisch-Soziale-Korrespondenz", der Wind

blase der Partei ins Gesicht und die Deutschen hätten im Westen keinen Freund und keinen Verbündeten, der bereit wäre, für eine baldige, faire und vernünftige Regelung der deutschen Frage politisch ins Feld zu ziehen. Bekenntnisse ließen sich noch immer erreichen, aber von Bekenntnissen bis zu einem Schritt, der nach vorwärts führen könnte, sei ein weiter Weg. Statt dessen zeichneten sich die möglichen Folgen einer Entspannung zwischen Washington und Moskau ab. Spätestens zum Kriegsende in Vietnam - so realistisch blickte die CDU-Korrespondenz voraus! - werde der Zeitpunkt gekommen sein, an dem Washington den groß angelegten Versuch unternehmen werde, mit der UdSSR ein weltweites Arrangement zu treffen. Und mit gerade zu seherischer Kraft heißt es in der CDU-Korrespondenz: "Dann wird die Stunde des Schwurs und der Wahrheit schlagen".

Die neue, Ende 1966 gebildete Regierung der Großen Koalition, ließ keinen Zweifel daran, daß sie die Wahrheit erstrebt. "Deutlich genug für alle, die es hören wollten", so ließ sie im Januar 1967 sagen, habe man angeboten, über vieles mit sich reden zu lassen. Der Weg von der Äußerung Konrad Adenauers (1958), daß der Tag noch bevorstehe, an dem Deutschland "zur Kasse gerufen" werde, über seine mutige, klärende Pointierung im Bundestag, daß es keine "Ewigkeitsinstitutionen" gäbe bis hin zu der Vorausschau über die Problematik zur Zeit der Beendigung des Vietnamkrieges hat zu der Politik der Bundesregierung geführt, wie sie in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 formuliert wurde:

- * "Der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist
- * das erste Wort und das Grundanliegen der Außenpolitik dieser
- * Regierung".

Im Rechenschaftsbericht des Bundeskanzlers, der am 2. April 1968 vor dem Bundestag vorgetragen wurde, kehrte dieser Satz wieder.

Erstaunlich, wie schnell man sich hier und dort erregt, wenn wiederholt wird, was eigentlich zu den Selbstverständlichkeiten der deutschen Politik gehören sollte...

+ + +

Gute Noten für Hessens Polizei

Ein aufschlußreiches Umfrageergebnis

Die hessische Polizei kann mit ihrem Image bei der Bevölkerung zufrieden sein. Diese Erkenntnis vermittelt eine Repräsentativ-Umfrage der Wickert Institute, Tübingen, deren Ergebnis jetzt vorliegt. 81 Prozent der befragten Hessen bekundeten ihr volles Vertrauen zur Polizei. Auf die Frage, ob die Polizei Ansehen genieße, äußerten sich 69 Prozent positiv und 13 Prozent negativ.

Auch das Auftreten der Polizei findet in Hessen die uneingeschränkte Anerkennung der Bevölkerung. 99 Prozent der Befragten bescheinigten der Polizei Höflichkeit und Sachlichkeit. Aufgefordert, das polizeiliche Wirken im täglichen Dienst mit Noten von sehr gut bis mangelhaft zu bewerten, erklärten 38 Prozent, die Polizei sei immer sehr gut auf ihre Aufgaben vorbereitet; 25 Prozent gaben in diesem Zusammenhang die Noten gut und befriedigend. Nur sechs Prozent der Bevölkerung beanstandeten die Tätigkeit der Polizei.

Unterschiedlich wird das polizeiliche Eingreifen bei Unruhen und Demonstrationen beurteilt. Positive und negative Stellungnahmen halten sich hier mit je 38 Prozent die Waage. Auf die Frage, wie die Polizei bei künftigen Demonstrationen einschreiten soll, meinten allerdings 44 Prozent, die Polizei solle bei ihrer bisherigen Einsatztaktik bleiben. Ein energischeres Einschreiten befürworteten 25 Prozent; für mehr Zurückhaltung der Polizei traten 19 Prozent der Befragten ein.

Gut beurteilt werden von der hessischen Bevölkerung auch die Vorbereitungen, die die Polizei bei Demonstrationen getroffen hat. 26 Prozent bewerteten die Vorkkehrungen mit den Noten sehr gut und gut. Für innere Reformen bei der Polizei sprachen sich 13 Prozent aus. 25 Prozent hielten die Einstellung von Psychologen bei der Polizei für wünschenswert. Als geeignetes Mittel, um das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung zu verbessern, sahen 19 Prozent eine gesellschaftliche Aufwertung des Polizeiberufs an. Ebenfalls 19 Prozent meinten, eine Verbesserung der polizeilichen Ausbildung müsse angestrebt werden. 62 Prozent wußten hierzu keinerlei Verbesserungsvorschläge zu machen.

Befragt, auf welchen Erkenntnissen ihre Meinung über die Polizei beruhe, wiesen 55 Prozent der Befragten auf persönliche Erlebnisse mit Polizeibeamten hin; 31 Prozent bildeten sich ihr Urteil in erster Linie über Presse, Funk und Fernsehen. 19 Prozent gaben sowohl persönliche Erfahrungen als auch die Massenmedien als Quelle ihres Urteils über die Polizei an. Von Polizeieinsätzen bei Demonstrationen in letzter Zeit hatten 88 Prozent gehört; 12 Prozent wußten davon überhaupt nichts. - Die hessische Bevölkerung weiß die schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit der Polizei richtig zu würdigen.

Belgrad wehrt sich gegen Einflüsse aus Moskau

Widerstand gegen Bevormundung wächst ständig

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die Schlagzeilen der jugoslawischen Zeitungen bezogen sich in der vergangenen Woche nicht auf Berlin, sondern auf den jüngsten und offenbar bisher heftigsten Grenzkonflikt zwischen der Sowjetunion und China. Die kaum zu verhehlende Genugtuung der jugoslawischen Öffentlichkeit wird durch Kommentare in jugoslawischen Zeitungen unterstrichen, denen zufolge die Wiederaufnahme der jugoslawisch-chinesischen Wirtschaftsverhandlungen möglicherweise auch zu einer Verbesserung der zwischenstaatlichen und zwischenparteilichen Beziehungen führen wird.

Zur Berlinfrage hat Jugoslawien einen ziemlich eindeutigen Standpunkt eingenommen: Man hielt die westdeutsche Entscheidung, Berlin als Wahlort zu bestimmen, zwar für unglücklich, hält aber jede mögliche Verletzung des Viermächtestatus etwa durch eine Behinderung des Luftverkehrs von Seiten des Ostens für eine Verletzung des Status quo in Europa. In Verhandlungen mit der Bundesregierung hat die jugoslawische Seite außerdem mehrfach zu erkennen gegeben, daß Belgrad nichts an einer Sonderbehandlung Westberlins liegt - alle deutsch-jugoslawischen Abkommen der letzten Zeit umschließen automatisch auch Westberlin, ohne daß auf diese Frage ausdrücklich eingegangen wird. Ein weiterer Hinweis auf die Meinung Jugoslawiens in der Berlinfrage ist die Tatsache, daß keine Einladung zum 9. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, der am 11. März beginnt, an die "Sozialistische Einheitspartei Westberlins" ergangen ist.

Der bevorstehende jugoslawische Parteitag wird in der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiter-Bewegung ohnehin einen besondern Platz einnehmen, denn entgegen allen Traditionen hat Belgrad alle Gastdelegationen auf eine Stufe gestellt, so daß sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion in keiner besseren Lage befinden wird als etwa die Kommunistische Partei San Marinos, die bürgerlich-nationalistische indische Kongreßpartei. Noch mehr: Die Jugoslawen haben in den Einladungen, die an 81 kommunistische, linkssozialistische, sozialdemokratische, antikolonialistische und andere sogenannte fortschrittliche Parteien und Organisationen ergangen sind, im voraus darauf hingewiesen, daß kein Ausländer das Recht haben wird, sich in direkter Rede

an die über 1.000 Delegierten des 9. Parteitages des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens zu wenden.

Diese offenkundige Mißachtung der von der Sowjetunion angestrebten Führungsrolle innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung löste einen Protest von Seiten des Sowjetbotschafters in Belgrad, Benediktow, beim jugoslawischen Parteisekretär Todorović aus, der so erfolglos war, daß sich die regierenden kommunistischen Parteien Osteuropas mit Ausnahme Rumäniens zunächst einmal in Schweigen hüllten.

Moskau geht inzwischen seine eigenen Wege, um die zerfallende Einheit des kommunistischen Lagers zu wahren. In der ungarischen Hauptstadt Budapest wurde der Versuch gemacht, eine Art Kultur-Komintern zu gründen eine Attacke auf die schriftstellerische Freiheit der osteuropäischen Liberalen, die wiederum auf den Protest der Tschechoslowaken und Jugoslawen stieß. Die Schriftstellerverbände beider Länder haben daher beschlossen, keine Delegierten nach Budapest zu entsenden, vor allem, weil man dort in Klausur tagte und jede Kontrollmöglichkeit durch die Öffentlichkeit unmöglich gemacht hat. Besonders die jugoslawischen Literaten sehen nicht ein, wie sie sich gegenwärtig etwa mit den bulgarischen Kollegen an einen Tisch setzen können, solange diese willige Hilfsdienste bei der hitzigen bulgarischen Kampagne gegen den jugoslawischen Teil Mazedoniens leisten. Der Mazedonienkonflikt wird von Belgrad so ernst genommen, daß am 3. März zum erstenmal in der jugoslawischen Geschichte ein Landesparlament, nämlich das in der mazedonischen Hauptstadt Skoplje, eine außenpolitische Debatte abgehalten hat, deren scharfer Ton Moskau und Sofia hart getroffen haben muß.

Ein anderer Versuch der Sowjetunion, wahrscheinlich am 18. März, gleichfalls in der ungarischen Hauptstadt, ein stärkere Integrierung von Wirtschaft und Streitkräften im eigenen Lager zu erzielen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil nicht nur Rumänien, sondern auch noch andere Alliierte gegen solche Pläne sehr starke Bedenken haben.

Zehn Jahre kubanische Revolution

Zu einem Buch von Boris Goldenberg und Klaus Eßer

sp - Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der kubanischen Revolution legt das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung diese Schrift zweier Autoren vor. Der erste und längere Teil wurde von Boris Goldenberg, dem Leiter der Lateinamerika-Redaktion der Deutschen Welle in Köln, geschrieben. Er war ursprünglich als Kapitel für das Buch "Der Kommunismus in Lateinamerika" gedacht, an dem Boris Goldenberg seit fünf Jahren arbeitet. Der zweite Aufsatz von Klaus Eßer ist das Ergebnis einer Reise durch Kuba, die der Autor im Juli und August 1968 unternahm.

Ausgangspunkt des ersten Teils der Schrift ist eine Untersuchung des Revolutionsbegriffes, der Zeitdimension von Revolutionen und ihren einzelnen Phasen. Boris Goldenberg zeigt, daß die kubanische Revolution sich in wesentlichen Punkten von früheren Revolutionen unterscheidet und daß sie ebenso schnell wie diese mit einem Ring von Legenden umflochten wurde. Sie ist, so belegt er, weder eine "Bauernrevolution" noch überhaupt eine vom Volk gemachte Revolution. Eine "klassenmäßige" Erklärung der ersten, demokratischen Phase der Revolution ist nicht möglich, wie der Autor auch in seinem Buch "Lateinamerika und die kubanische Revolution" nachzuweisen versucht. Als "tragende Schicht der Revolution" könnte man höchstens die "deklassierten Elemente" bezeichnen. Ebenso versucht der Autor, die Legenden der "Doppelherrschaft" und des "Drucks von unten" - der zur zweiten, sozialistischen Phase der Revolution geführt haben sollen - sowie die These, die Radikalisierung der Revolution sei aufgrund außenpolitischer Erwägungen Castros erfolgt, zu widerlegen.

Vier Wesensmerkmale des Castrismus hebt er besonders hervor:
1. seinen Stil, den ins Spanische übersetzten Marxismus;
2. den voluntaristischen Subjektivismus; 3. den Caudillismus Fidel Castros; 4. den totalitären Humanismus der kubanischen Revolution.

Klaus Eßer untersucht dagegen den Zusammenhang der kubanischen Strategie der Wirtschaftsentwicklung mit den Methoden zur "Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins" in Kuba. Im Bereich der Wirtschaft, so zeigt er, werden alle Mittel und Arbeitskräfte auf die Entwicklung des Agrarsektors und der Infrastruktur konzentriert, nachdem der zunächst versuchte Entwicklungsweg einer beschleunigten Industrialisierung bei gleichzeitiger Diversifizierung der Landwirtschaft auf Kosten der Zuckerwirtschaft scheiterte. Wichtigstes Mittel der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung ist neben der Erziehung die Massenmobilisierung. Die im März 1968 eingeleitete "neue revolutionäre Offensive" führt zu einer schrittweisen Militarisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie ist eine Folge des weitgehenden Fehlens materieller und des teilweisen Versagens ideeller Anreize.

Beide Autoren stimmen in den Kernfragen überein, obwohl sie ganz verschiedene Untersuchungsmethoden anwenden. Beide halten die kubanische Revolution nicht für einen Modellfall weiterer Revolutionen in Lateinamerika.